



Einladung zur Pressekonferenz:

Das Bremer Gesundheitswesen warnt vor den Folgen der aktuellen Gesundheitspolitik

Mittwoch, 10. Juni 2026, 11:00 Uhr

Rotes Kreuz Krankenhaus – Tagungszentrum Forum K (Raum L)

St. Pauli-Deich 24, 28199 Bremen

Die bundespolitischen Reform- und Sparpläne werden für Patientinnen und Patienten im Land Bremen deutlich spürbar sein. Wenn Praxen und Krankenhäuser weiter unter wirtschaftlichen Druck geraten, drohen weniger Termine, längere Wartezeiten und Einschränkungen in der Versorgung. Über die konkreten Folgen informiert am kommenden Mittwoch, 11 Uhr, ein breites Bündnis von Vertretern der ambulanten und stationären Versorgung im Bundesland.

Im Mittelpunkt steht das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, das in diesem Sommer verabschiedet werden soll. Falls das Vorhaben in der aktuellen Fassung umgesetzt wird, werden Praxen und Kliniken in Bremen und Bremerhaven ihr bisheriges Versorgungsangebot nicht aufrechterhalten können. Dies betrifft neben der ambulanten und stationären Versorgung auch die Notfallstrukturen. Vor dieser Weichenstellung warnt das Bremer Bündnis eindringlich.

Ihre Gesprächspartner sind:

- Ärztekammer Bremen, Christina Hillebrecht
- DIAKO Evangelisches Diakonie-Krankenhaus, Thomas Kruse
- Kassenärztliche Vereinigung Bremen, Dr. Bernhard Rochell
- Kassenzahnärztliche Vereinigung im Lande Bremen, Martin Sztraka
- Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen, Judith Borsch
- Psychotherapeutenkammer Bremen, Amelie Thobaben
- Zahnärztekammer Bremen, Maria Schletter

Nach der Pressekonferenz haben Sie Gelegenheit, mit den Referenten/innen Interviews zu führen.

Bitte melden Sie sich für die Pressekonferenz an: borsch@hbkg.de

Pressekontakt:

Judith Borsch Tel.: 0421 / 24 10 20, E-Mail: borsch@hbkg.de

Christoph Fox Tel: 0421 / 34 04 328, E-Mail: C.Fox@kvhb.de